



Haushaltsantrag gem §1 Abs. 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen beantragt bei der Senatorin für Bildung für den Doppelhaushalt 2024/2025 Haushaltsmittel, damit ein Entwicklungs- und Planungsprozess durchgeführt werden kann, an dessen Ende ein Konzept für eine Gedenkstätte am Standort des ehemaligen Außenlagers Schützenhof des KZ Neuengamme steht.

Um einen solchen Prozess durchführen zu können, müssen in der Landeszentrale für politische Bildung personelle Kapazitäten geschaffen werden, außerdem sind Mittel bereitzustellen, mit denen z.B. Workshops, Ideenwettbewerbe oder Ausschreibungen durchgeführt werden können.

Begründung

Der Beirat Gröpelingen hat mit Beschlüssen vom 20.04.2022 und 15.02.2023 gefordert, einen Planungsprozess zur Einrichtung einer Gedenkstätte am Standort des ehemaligen Außenlagers Schützenhof des KZ Neuengamme einzuleiten. Beide Beschlüsse sind mit der Begründung abgelehnt worden, dass keine Haushaltsmittel dafür bereit stehen. Deshalb fordert der Beirat Gröpelingen die Senatorin für Bildung mit diesem Haushaltsantrag nachdrücklich auf, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

In Gröpelingen wie überall sind in den letzten Jahren fast alle verbliebenen Zeitzeugen gestorben, die an Schulen und Stadtteileinrichtungen über ihre Jugendzeit berichtet haben und so ganz konkret den nachfolgenden Generationen über die Verbrechen der NS-Zeit, über Verfolgung, Terror und Alltag im Faschismus berichten konnten. Für ganz Bremen stellt sich die Frage nach der Weiterentwicklung der momentanen Gedenkkultur hin zu einer Bildungs- und Gedenkarbeit, die ohne Zeitzeugen auskommen muss.

Aus Sicht des Stadtteilbeirates Gröpelingen war der Bremer Westen inklusive Grambke mit seinen Hafenanlagen der Schwerpunkt der Rüstungs- und Kriegswirtschaft. Das dokumentieren die verheerenden Bombenangriffe im Bremer Westen und sehr viele heute meist schon vergessene Zwangsarbeitslager z.B. auf der Hütte oder am heutigen Schützenhof und nicht zuletzt „der Friedhof“ an der Reitbrake. Aber auch beispielsweise das ehemalige jüdische Altenheim, der Bunker Hornisse oder die Stolpersteine im Stadtteil u.v.a.m. sind wichtige Orte, an die eine Bildungs- und Gedenkarbeit anknüpfen und weiterhin anknüpfen kann.

Wichtig ist einerseits der Erhalt solcher Orte, andererseits aber auch ein zusammenhängendes Konzept für ein modernes und zeitgemäßes Gedenken. Sinnvoll er-

scheint uns die Einrichtung eines Bildungsortes, der insbesondere den Bremer Westen als Schwerpunkt der NS-Rüstungsindustrie, aber auch als Schwerpunkt des Widerstandes von Arbeiter:innen, Zwangsarbeiter:innen und ziviler Bevölkerung gegen das NS Regime thematisiert. Ein solcher Ort sollte wissenschaftliche Befunde aus der NS-Forschung allgemeinverständlich aufarbeiten und in den Kontext heutiger Auseinandersetzungen um die offene Gesellschaft, Rassismus, Diskriminierung, Pluralismus und Demokratie bringen.

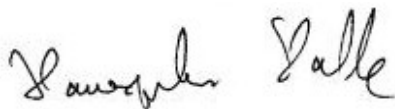
Gröpelingen als ein von vielen Sprachen, Herkunftsn, Kriegs-, Flucht- und Totalitarismus-Erfahrungen geprägter Stadtteil benötigt eine solche moderne Gedenkkultur zur Stärkung demokratischer Strukturen und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Nach dem Verstummen der letzten Zeitzeugen aus dieser Zeit, die bisher insbesondere im Bremer Westen an Schulen und Stadtteileinrichtungen authentisch Zeugnis über die NS-Zeit abgelegt haben bedarf es nun neuer Konzepte der stadtteilbezogenen Informationsweitergabe und der Diskussion über die Verbrechen der Nazi-Diktatur an die nächsten Generationen um weiterhin überzeugend das „Nie Wieder!“ zu vermitteln. Ähnlich wie z.B. im Denkort Bunker Valentin bereits gelebte Praxis, geht es vermehrt um Bildungsangebote zur aktiven Bearbeitung der Fragen von Totalitarismus, Widerstand, Demokratie, Offene Gesellschaft etc. vor allem mit jungen Menschen konkret vor Ort in den jeweiligen Stadtteilen.

Relevante Teilnehmer eines solchen Arbeitsprozesses sind aus Sicht des Stadtteilbeirates z.B. der Senator für Kultur, die Senatorin für Kinder und Bildung mit dem Landesinstitut für Schule und der Landeszentrale für politische Bildung und dem Denkort Bunker Valentin, der Volksbund, der Bremer Rat für Integration, die VVN, die jüdische Gemeinde und viele weitere zivilgesellschaftliche Gruppen.

Federführend soll die Landeszentrale für politische Bildung diesen Prozess steuern, da Bundes- und Landeszentralen schon seit vielen Jahren mit der Frage der Erneuerung der Erinnerungsarbeit fachlich befasst sind.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in cursive script, reading "Hans-Joachim Lalle".